

Der Reidenmeister

Geschichtsblätter für Lüdenscheid Stadt und Land

Herausgegeben vom Geschichts- und Heimatverein Lüdenscheid e.V.

Nr. 176

18. November 2008

Flüchtlings- und Vertriebenenenaufnahme in Westfalen nach dem Zweiten Weltkrieg

Das Hauptdurchgangslager Wellersberg in Siegen

Dieter Pfau

1. Die Einrichtung des Hauptdurchgangslagers in Siegen

Die Ursachen für die Ausweisung und Vertriebung von mehr als 13 Millionen Deutschen aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten des heutigen Polen, der tschechischen Republik sowie in geringerem Umfang aus Ungarn, Rumänien und Bulgarien liegen zweifellos in dem von Deutschland begonnenen und mit verbrecherischen Mitteln geführten Krieg im Osten. Ebenso unzweifelhaft sind beim Vormarsch der Roten Armee und nach Ende des Zweiten Weltkrieges zunächst bei den so genannten „wildem“ Vertreibungen und anschließend bei den planmäßig durchgeführten Umsiedlungsaktionen zahllose Gewaltverbrechen an deutschen Zivilisten verübt worden. Seit dem Vormarsch der Roten Armee in der zweiten Jahreshälfte 1944 kam es zu Fluchtbewegungen der deutschen Bevölkerung im Osten. Nach Beendigung der Kriegshandlungen erfolgten gewaltsame Ausweisungen aus den polnisch verwalteten Gebieten und der Tschechoslowakei. Davon waren im Laufe des Jahres 1945 bereits vier bis fünf Millionen Deutsche, in der Mehrzahl Frauen und Kinder, betroffen. In der Konferenz von Potsdam vom 17. Juli bis 2. August 1945 wurde von den Alliierten die Ausweisung der deutschen Bevölkerung aus Polen, der Tschechoslowakei und Ungarn beschlossen. Vor Unterzeichnung des „Ausweisungsplanes des Alliierten Kontrollrates“ am 17. Oktober 1945 hatte die Umsiedlung und Vertriebung der Deutschen aus Polen bereits begonnen.

In der Bevölkerung Westdeutschlands ist das Flucht- und Vertreibungsgeschehen verspätet wahrgenommen worden. Der langjährige Leiter des Flüchtlingsamtes der Stadt Lüdenscheid, Heinrich Franke, erwähnt in seinem 1965 erschienen Bericht über die zwanzigjährige Tätigkeit des Lüdenscheider Flüchtlingsamtes, dass die Bevölkerung der Stadt im Sommer 1945 „völlig ahnungslos“ über die Ereignisse in Ostdeutschland gewesen sei. Aller-



Stube im Lager Wellersberg, April 1948

(Foto: Walter Nies, Lippstadt)

dings ist in Lüdenscheid bereits zum 1. September 1945 ein Flüchtlingsamt eingerichtet worden. In der Stadt Siegen dagegen sind erste behördliche Reaktionen auf den Flüchtlingsstrom erst im Oktober 1945 zu beobachten, und das Flüchtlingsamt für den Stadtkreis Siegen ist erst am 15. Januar 1946 eingerichtet worden. Dies ist möglicherweise darauf zurückzuführen, dass die im Krieg nahezu unversehrt gebliebene Stadt Lüdenscheid schon

früh zu einem relativ geregelten Verwaltungsverkehr zurückgefunden hat. In der Stadt Siegen dagegen, wo mehr als die Hälfte des Wohnraums und große Teile der städtischen Infrastruktur in den letzten Kriegsmonaten zerstört worden waren, hat der Aufbau einer funktionierenden Verwaltung offenbar längere Zeit in Anspruch genommen.

In Lüdenscheid wie in Siegen waren unmittelbar nach Ende des Krieges zunächst mehrere Tausend ehemalige Kriegsgefangene und Zwangsarbeiter unterzubringen, die größtenteils bis zum Spätsommer in ihre Heimatstaaten zurücktransportiert worden sind. Seit dem Sommer 1945 musste zudem mit Evakuierungen aus den Ballungszentren an Rhein und Ruhr gerechnet werden. Die Zahl der in Lüdenscheid aus dem Industriegebiet Evakuierten betrug in den folgenden Monaten etwa 1.500 Menschen. Daneben musste in beiden Städten der Bedarf an Wohnraum seitens der britischen und später belgischen Besatzungskräfte befriedigt werden. Der Aufbau der deutschen Behörden erfolgte unter strenger Aufsicht der britischen Besatzungsbehörde, die nach dem Zusammenbruch des nationalsozialistischen Systems das Ziel einer Demilitarisierung und Demokratisierung energisch verfolgte.

Auch Aufnahme und Verteilung der Flüchtlinge und Vertriebenen gingen auf die Anordnungen der Militärregierung zurück. Am 31. Oktober 1945 gab die britische Militärbehörde die Anweisung an den Oberpräsidenten der Provinz Westfalen, in der Stadt Siegen ein Übergangslager einzurichten. Über dieses Lager sollte der interzonale Austausch von Flüchtlingen und Evakuierten abgewickelt werden. Für die Wahl Siegens als Sitz eines Durchgangslagers waren zwei Gründe ausschlaggebend: die verkehrsgünstige Lage an der Grenze der britischen, französischen und amerikanischen Besatzungszone sowie das Vorhandensein größerer Kasernenkomplexe. Am 24. November 1945 unterrichtete der Regierungspräsident die

Landräte und Oberbürgermeister im Regierungsbezirk Arnsberg über die Einrichtung des Übergangslagers in der Wellersberg-Kaserne in Siegen. Außer in Siegen ist im November 1945 im ostwestfälischen Warburg ein weiteres Hauptdurchgangslager für den Regierungsbezirk Minden-Detmold und für das Land Lippe eingerichtet worden. Ein Hauptdurchgangslager mit Zuständigkeit für das Rheinland befand sich in Wipperfurth. In vielen Kreisen des Regierungsbezirks Arnsberg wurden im Dezember 1945 und Januar 1946 Kreisdurchgangslager eingerichtet, von denen aus die weitere Verteilung der Flüchtlinge und Vertriebenen in die Städte und Gemeinden erfolgen sollte. Das für Lüdenscheid zuständige Kreisdurchgangslager befand sich in Altena.

Über die Herrichtung des durch Kriegseinwirkungen beschädigten Gebäudekomplexes der Wellersberg-Kaserne gibt ein Schreiben des Siegener Oberbürgermeisters an den Regierungspräsidenten vom 4. Dezember 1945 Auskunft. Wegen des in Siegen herrschenden Arbeitskräftemangels konnten nur unter erheblichen Schwierigkeiten genügend Arbeitskräfte für die notwendigen Ausbesserungsarbeiten gefunden werden. Die drei vorgesehenen Gebäudeblöcke seien nun soweit hergerichtet, dass sie Unterkunft für rund 1.900 Evakuierte bieten würden. Allerdings seien noch nicht genügend Betten vorhanden, so dass ein Teil der Personen sich zunächst auf Stroh legen müsse. Zur Betreuung der Kinder werde eine erfahrene

Fürsorgerin eingesetzt, Säuglinge würden in einer Kleinkinder-Krankenanstalt und Kranke in einem Notkrankenhaus im benachbarten Hilchenbach aufgenommen werden. Noch Ende Februar, Anfang März 1946, kurz bevor die ersten großen Transporte aus den polnischen Gebieten eintrafen, mussten noch beträchtliche Mengen an Strohsäcken und Woldecken, Fensterglas und Glühbirnen kurzfristig beschafft werden. Die Neueindeckung der beschädigten Dächer erfolgte offenbar erst, als das Lager bereits komplett belegt war.

2. Die Vertriebenen Transporte des Jahres 1946

Die Alliierten hatten dem Austausch zwischen den drei westlichen Besatzungszonen den Codenamen „Wespe“ gegeben, der Austausch zwischen der russischen und englischen Zone erfolgte unter dem Namen „Honigbiene“. Der erste Transport, der Anfang Dezember 1945 das Siegener Durchgangslager erreichte, bestand aus Evakuierten im Rahmen des englisch-französischen Interzonen-austausches. Noch bevor die Transporte im Rahmen von „Wespe“ und „Honigbiene“ abgeschlossen waren, setzten die Transporte unter dem Code-Namen „Schwalbe“ ein, bei dem es sich um, wie es im damaligen Sprachgebrauch zwischen den Alliierten und den deutschen Behörden hieß, „Ausgewiesene aus Neupolen“ handelte. Die Behörden im Regierungsbezirk Arnsberg wurden über das Unternehmen „Schwalbe“ Ende Februar 1946 informiert. Der Regierungsbezirk sollte insgesamt 80.000 Menschen aufnehmen, die bis Ende Juli in kurzer Folge im Siegener Hauptdurchgangslager ankommen würden. Wöchentlich würden, wie die britische Planung vorsah, durchschnittlich vier bis fünf Züge mit jeweils mehr als tausend Menschen das Lager erreichen. Die mit den Zügen kommenden Flüchtlinge würden in der Regel schon acht bis neun Tage unterwegs sein, sollten jetzt ein bis zwei Tage im Lager bleiben und dann entweder in geschlossenen Transporten mit der Reichsbahn oder in Lastkraftwagen an ihre Bestimmungsorte gefahren werden. Ein Aufteilungsplan des Regierungspräsidiums vom Februar 1946 sah vor, dass von den 80.000 im Regie-

bezirk zunehmenden Flüchtlingen die Stadt Lüdenscheid 4.000 und die Stadt Siegen 1.000 Menschen zu übernehmen hatte.

Eine Aufstellung vom 15. Juni 1946 macht deutlich, wie sich diese Soll-Zahlen in der Zwischenzeit entwickelt hatten. Die Zahl der für den Stadtkreis Lüdenscheid vorgesehenen Flüchtlinge war um 1.500 auf 5.500 erhöht worden, das Soll der Stadt Siegen lag unverändert bei 1.000 Flüchtlingen, die aber offenbar aufgrund des hohen Zerstörungsgrades der Stadt noch nicht zugeteilt worden waren. Insgesamt sind bis zum 26. September



Ankunft von Flüchtlingen im Hauptdurchgangslager Wellersberg

1946 mehr als 164.000 Menschen durch das Siegener Hauptdurchgangslager geschleust worden. Das Gros der Flüchtlinge stellten die aus Polen Vertriebenen mit mehr als 112.000 Personen. Im Rahmen des Interzonen-Austauschs zwischen den westlichen Besatzungszonen unter dem Code „Wespe“ waren 14.000, im Rahmen des Austausches zwischen der britischen und russischen Zone („Honigbiene“) waren 32.000 Menschen durch das Siegener Lager geschleust worden. Die Aktion „Jericho“, unter der Rückführungstransporte aus Berlin verstanden wurden, brachte weitere 6.400 Menschen vorübergehend in das Siegener Lager.

Die organisierten Flüchtlingstransporte sind häufig nachts eingetroffen und die Flüchtlinge haben von der Stadt Siegen nicht mehr als das Bahnhofsgelände und das Lager Wellersberg kennen gelernt. Die Ankunft der Transporte ist minutiös vorbereitet und die Aufteilung der Gruppen in die drei Gebäudeblöcke A bis C vorab genau festgelegt worden. Bei der großen Zahl an Flüchtlingstransporten, die das Siegener Hauptdurchgangslager erreichten, wurden hohe Anforderungen an Logistik und Organisation gestellt. Aus einer Anordnung des Lagerleiters für das Pfingstwochenende 1946 lässt sich der Ablauf des Vorgangs, der im bürokratischen Jargon als „Durchschleusung durch das Lager“ bezeichnet wurde, rekonstruieren. Am Morgen des Pfingstsonntags um 3.28 Uhr wurde der Transport am Siegener Bahnhof erwartet. Die 300 für Lüdenscheid vorgesehenen Personen sollten in Block C der Kaserne untergebracht werden. Die Menschen wurden mit LKWs den Wellersberg hinauf gefahren. Die Flüchtlinge wurden zunächst zum außerhalb des Lagers befindlichen Luftschutzbunker Saarbrücker Straße gefahren, wo sie nacheinander Entlausung, ärztliche Untersuchung und Registrierung über sich ergehen lassen mussten. Danach erst wurden sie in das Lager und den ihnen zugewiesenen Gebäudeblock eingewiesen. Die Aufenthaltszeit im Lager betrug in diesem Fall eineinhalb Tage: den gesamten Pfingstsonntag, die folgende Nacht und den Morgen des Pfingstmontags. Die Flüchtlinge erhielten Pfingstsonntagmittag eine

warme Mahlzeit, ansonsten kalte Verpflegung und Reiseproviant. Der Weitertransport sollte Pfingstmontag in den Mittagsstunden erfolgen.

Aus dem Bericht des Lüdenscheider Flüchtlingsamtes ist uns der weitere Ablauf der Transporte nach Lüdenscheid überliefert. Die ersten geschlossenen Transporte von Ostvertriebenen aus dem Hauptdurchgangslager Siegen mit zusammen 458 Personen sind am 27. und 31. März 1946 in Lüdenscheid eingetroffen. Während des ganzen Sommers mussten laufend Vertriebenen-Transporte aus Siegen übernommen werden. Die Menschen kamen auf Güterwagen auf dem Bahnhof in Altena an. Dort übernahm das Flüchtlingsamt Lüdenscheid die Verantwortung für den weiteren Transport. Die Beförderung erfolgte mit der Kreis Altenaer Eisenbahn (KAE) und mit Lastwagen nach Lüdenscheid. Wie der Bericht vermerkt, habe die Umladung in Altena jedes Mal in großer Eile vor sich gehen müssen, da der Zug aus Siegen weitere Vertriebene nach Hohenlimburg und Iserlohn brachte. Die Verladung von rund 300 Personen einschließlich Gepäck sei schnell und reibungslos vor sich gegangen und habe in der Regel nicht länger als eine halbe Stunde gedauert.

Die meisten der angekommenen Flüchtlinge, so berichtet Heinrich Franke weiter, seien verhärtet, verängstigt, abgemagert gewesen, teilweise barfuß gegangen

und hätten wenig Gepäck mit sich geführt. Es sei jedes Mal ein erbarmungswürdiger Anblick bei der Ankunft eines solchen Transportes gewesen. Gewöhnlich seien die Transporte in der Nacht in Lüdenscheid eingetroffen, auch um die Bevölkerung nicht zu beunruhigen. Anlaufpunkt in Lüdenscheid war das große Durchgangslager an der Buckesfelder Straße - eine ehemalige Flak-Kaserne, in der in der Anfangszeit der Flüchtlingsaufnahme auch noch polnische Fremdarbeiter untergebracht waren. Unmittelbar nach der Ankunft habe zuerst eine ärztliche Untersuchung stattgefunden. Die Menschen seien mit DDT gepudert (also entlauset) worden, Kranke seien ausgesondert und ins städtische Krankenhaus, mit Krätze behaftete Personen in eine eigens eingerichtete Krätze-Station in der Reckenstraße gebracht worden. Die Vertriebenen sind in der Baracke Buckesfeld auf Einzelzimmer verteilt worden. Die Verpflegung habe das Flüchtlingsamt von der Volksküche anfahren lassen.

Bis zum Januar 1947 hat die Stadt Lüdenscheid insgesamt 11.910 Personen neu aufgenommen - also ein Anteil von annähernd 24 Prozent bei einer Gesamtbevölkerung von rund 50.000 Personen. Darunter befanden sich etwa 1.500 aus dem Rheinland und dem Ruhrgebiet Evakuierte. 6.781 Personen waren in organisierten und geschlossenen Transporten über das Siegener Durchgangslager gekommen. Weitere 3.619 Flüchtlinge waren auf anderen Wegen, also unorganisiert, in der Stadt Lüdenscheid eingetroffen. Der große Zustrom an Flüchtlingen und Vertriebenen stellte die verantwortlichen Behörden zeitweise vor unlösliche Probleme. Bereits im Frühjahr 1946 konstatierte das Wohnungsamt in Lüdenscheid eine „katastrophale Gesamtsituation“, die vor allem auf die in kurzen Zeitabständen aus dem Siegener Durchgangslager eintreffenden Transporte zurückzuführen war. Anfang August 1946 verabschiedete die Stadtvertretung einstimmig eine Entschließung an die britische Militärregierung, in der sie erklärte, „dass die Aufnahmefähigkeit Lüdenscheids völlig erschöpft“ sei.

In Verhandlungen mit der Militärregierung erreichte die Stadtverwaltung, dass Lüdenscheid mit Wirkung vom 30. August 1946 für den weiteren Zuzug von Flüchtlingen vorübergehend gesperrt wurde. Vertreter der Militärregierung machten sich vor Ort ein Bild von den beengten Wohnverhältnissen. Möglicherweise war auch der Umstand, dass es im Zuge der Einquartierungen immer häufiger zu Reibereien mit der eingesessenen Bevölkerung kam, ein Grund für die nun durchgeführte Entlastungsaktion. Am 4. November 1946 ordnete die Militärregierung an, sofort 2.500 Flüchtlinge aus Lüdenscheid in den Regierungsbezirk Minden zu evakuieren. Tatsächlich wurden im Rahmen dieser so genannten „Transplantaktion“, die zwischen dem 22. November und 17. Dezember 1946 unter Leitung des Lüdenscheider Flüchtlingsamtes durchgeführt wurde, 768 Familien mit 2.361 Personen in die Städte und Kreise des Regierungsbezirks Minden überführt. Infolge der weiter strömenden Flüchtlingstransporte waren die entlastenden Auswirkungen für Lüdenscheid allerdings nur gering. Erschwerend trat im Jahre 1947 hinzu, dass belgische Besatzungstruppen in die Stadt verlegt und bevorzugt mit Wohnraum ausgestattet werden mussten.

Die Stadt Lüdenscheid verfügte in den Jahren von 1945 bis 1949 insgesamt über 33 Notunterkünfte mit Platz für 1.510 Personen. Das Lager in der Buckesfelder Straße war mit 200 Personen Aufnahmekapazität das größte, das Lager bei der Firma Busch-Jaeger an der Altenaer Straße folgte mit einer Kapazität von 120 Personen. Daneben dienten Säle von Gastwirtschaften, Fabrikgebäude und Baracken von Firmen, die Versammlungsräume eines Jugendheims und die Jugendherberge Nattenberg als Notunterkünfte. Ein Teil dieser Notunterkünfte war eingerichtet worden, um die Zahl der in der Bevölkerung umstrittenen Zwangseinweisungen in Grenzen zu halten.

3. Alltag im Hauptdurchgangslager Wellersberg

Über den Alltag und die Lebensbedingungen der im Lager Wellersberg auf engstem Raum zusammenlebenden Menschen informieren verschiedene Berichte kirchlicher und karitativer Organisationen, die sich im Rahmen der Flüchtlingshilfe engagiert haben. Der Leiter der katholischen Osthilfe der Caritas im Bistum Paderborn, Pfarrer Paul Kewitsch, hat nach seinem Besuch des Lagers im April 1948, bei dem er auch von einem Fotografen begleitet wurde, mehrere Berichte von Bewohnern und verschiedenen Gewährleuten zusammengestellt, mit denen er auf die teils menschenunwürdigen Lebensverhältnisse aufmerksam machen wollte. Über die Unterbringung der Menschen heißt es dort stichwortartig: „In allen Lägern Massenunterbringung, in einem Raum bis 30, sogar 40 Personen beiderlei Geschlechts. Gemeinschaftsverpflegung. Den Erwachsenen steht ein Bett zur Verfügung, die Kinder unter 14 Jahren müssen teilweise zu zweit in einem Bett schlafen.“ Ein Lagerbewohner habe ihm berichtet: „Meine Frau bewohnt nun dort schon das zweite Zimmer. In beiden war sie ungefähr mit 25 fremden Flüchtlingen zusammen mit Frauen, Männern und Kindern. Die Betten stehen wie früher in den Kasernen zu dritt übereinander. Schränke zum Aufbewahren der Wäsche und Kleider sind nirgends vorhanden. Die vorhandenen Toiletten sind völlig ungenügend.“ Hier zeigt sich, dass das Zusammenwohnen fremder Menschen auf engstem Raum und die davon ausgehenden Bedrohungen für Sitte und Anstand in kirchlichen Kreisen besonderen Unmut erregten.

Des Weiteren zitierte Pfarrer Kewitsch den Bericht eines Dr. Heider, der die schwierigen Lebensverhältnisse im Lager skizzierte: „Die Wellersberg-Kaserne ist das größte Flüchtlings-Durchgangslager in Nordrhein-Westfalen. Unübersehbar waren die Menschenströme, die dieses Lager passierten. 200.000 Menschen wurden in 10 Monaten gezählt ... Heute ist der Zustrom nicht mehr so stark ... Hat sich dadurch die Lage gebessert? ... Gerade das Gegenteil ist eingetreten. Die Kreise und Gemeinden berufen sich darauf, dass sie bevölkerungsmässig bereits

übersetzt seien und suchen sich, gegen weiteren Zuzug zu sperren. Die Folge ist, dass der Wellersberg zum Dauerlager wurde ... Bis 24 Menschen vegetieren in den Stuben ... Vier bis fünf Familien bewohnen einen Raum ... Unbeschreiblich sind die sanitären Verhältnisse. Es gibt keine Seife und keine Gelegenheit zum Waschen der Wäsche. Das Krankenrevier ist mit über 100 Patienten belegt. Keuchhusten, Typhus, Masern, offene Tbc, Geschlechtskrankheiten sind normale Erscheinungen. Man muss sie gesprochen haben, diese Frauen, denen das nackte Elend ins Gesicht geschrieben ist, und die Männer, die kaum mehr eine Zukunft vor sich sehen, und man hat den ganzen Jammer der Menschheit körperlich vor sich ... Nein, größeres Elend, herzerbrechendere Not ist schwerlich denkbar ... Wie aber soll man Menschen seelisch erfassen, deren Not zum Himmel schreit, die, an Gott und Menschheit verzweifeln, dumpfer Resignation verfallen.“

4. Probleme um das Lager Wellersberg zwischen 1947 und 1951

Bis zum November 1951 sind insgesamt mehr als 300.000 Menschen durch das Hauptdurchgangslager Siegen geschleust worden. Das Lager war auf eine Belegung mit 1.500 Personen ausgerichtet. In der Phase der Massentransporte des Jahres 1946, als die Belegungszahlen mit insgesamt 169.000 Personen ihren Höhepunkt erreichten, ist diese Zahl mehrmals weit überschritten worden. In den Folgejahren fielen die Zahlen deutlich niedriger aus. Im Jahre 1947 wurden 28.000 Menschen im Lager gezählt, im Jahre 1948 waren es nochmals 41.100, in den Jahren 1949 und 1950 wurden noch 31.000 bzw. 24.000 Personen gezählt.

Gegenüber dem Jahr 1946, als die organisierten Vertriebenentransporte das Lager erreichten, hatten sich in den Jahren 1947 und 1948 die Rahmenbedingungen entscheidend verändert. Zwar kamen nun sehr viel weniger neue Flüchtlinge hinzu, aber die Aufnahme- und Aufnahmestädte innerhalb des Regierungsbezirks weigerten sich mit Hinweis auf die Erschöpfung ihrer Aufnahmekapazitäten vielfach, noch weitere Personen aufzunehmen. Das führte zu einer Verlängerung der Aufenthaltsdauer im Siegener Lager. Betrug sie 1946 nur wenige Tage, so verlängerte sie sich bei vielen Flüchtlingen nun auf Wochen und Monate, vereinzelt sogar Jahre. Dies musste zwangsläufig zu einer Verschlechterung der Lebenssituation der Menschen im Lager führen. Der Charakter des Hauptdurchgangslagers änderte sich dadurch entscheidend.

Hinzu trat ein weiterer Umstand. Bei den mit den organisierten Transporten kommenden Flüchtlingen des Jahres 1946 und auch noch des Frühjahrs 1947 handelte es sich überwiegend um unmittelbar aus den ehemals deutschen Ostgebieten vertriebene Menschen. Ab dem Jahre 1947, nachdem die organisierten Bevölkerungstransfers abgeschlossen waren, setzte eine unorganisierte Fluchtbewegung von Einzelpersonen, auch familienweise, aus der sowjetisch besetzten Zone ein. Dabei kön-



Heinrich Franke (rechts), Leiter des Flüchtlingsamtes Lüdenscheid, im Jahre 1951

nen zwei Gruppen voneinander unterschieden werden: zum einen Vertriebene, die zunächst im Osten Zuflucht gesucht und dort aufgenommen worden waren und nun weiter in den Westen flohen, zum anderen bereits vorher dort ansässige Menschen, die aufgrund der sozialen und politischen Verhältnisse aus der sowjetischen Besatzungszone flohen.

Die westdeutsche Bevölkerung und auch die deutschen Behörden machten einen deutlichen Unterschied zwischen diesen beiden Flüchtlingsgruppen. Die mehrheitlich unmittelbar aus den Vertriebungsgebieten kommenden Menschen der ersten Flüchtlingsgruppe wurden in einer weit verbreiteten zeitgenössischen Wertung, die auch Eingang in die Behördensprache fand, als „echte“ Flüchtlinge angesehen. Die Menschen der späteren, zweiten Flüchtlingsgruppe dagegen wurden als „falsche“ Flüchtlinge oder als „illegale“ bezeichnet. Während die erste Flüchtlingsgruppe der Vertriebenen, in der eigenen und größtenteils auch in der Fremdwahrnehmung eine Schicksalsgemeinschaft bildend, sich aus allen sozialen Schichten zusammensetzte, bestand die zweite Flüchtlingsgruppe vielfach aus sozial deklassierten Einzelflüchtlingen, die im Westen nicht selten als „asozial“ charakterisiert wurden.

Der Zustrom an Einzelflüchtlingen aus der sowjetisch besetzten Zone erreichte seinen Höhepunkt in der zweiten Jahreshälfte 1947. Allein im Juni und Juli wurden im Siegener Hauptdurchgangslager rund 1.400 bzw. rund 2.800 Personen gezählt, im August sollen täglich 100 Personen pro Tag im Lager eingetroffen sein. Dies hatte nach kurzer Zeit eine absolute Überbelegung des Lagers zur Folge. Im August und im Dezember 1947 musste das Lager wegen Überfüllung vorübergehend geschlossen werden. Auch die Stimmung gegenüber den Flüchtlingen hatte sich in der Stadt Siegen gewandelt. Das Lager stand mittlerweile in dem Ruf, „asoziale und arbeitsscheue Elemente“ zu beherbergen, die nicht nur die Sicherheit der Stadt und die Gesundheit der Bevölkerung gefährdeten, sondern auch die „Sittlichkeit“ im Lager bedrohten. Nach Meinung des Oberstadtdirektors sei für die Ostvertriebenen „trotz aller eigener Not ein aufrichtiges Mitgefühl [...] vorhanden. Man hat aber kein Verständnis dafür, dass viele Leute, denen es in der Ostzone aus irgendwelchen Gründen nicht passt, hier Unterschlupf suchen. Die allgemeine Auffassung ist, man solle diese Leute wieder dorthin zurücksenden, woher sie gekommen sind.“ In einem Bericht der britischen Militärregierung vom August 1947 heißt es, der einzige Vorschlag, der von den Deutschen - gemeint waren vermutlich nicht nur die Siegener Behördenvertreter - vorgebracht worden ist, sei „das Lager in ein Straflager zu verwandeln und es sorgfältig bewachen zu lassen. Sie geben zu, dass

dieses Konzentrationslagermethoden sind, aber halten sie trotzdem für gerechtfertigt“.



Gebäude der Baracke Buckesfelder Straße

Das Flüchtlingslager auf dem Wellersberg stellte in mancherlei Hinsicht eine Belastung für die Stadt Siegen dar. Dazu trug nicht zuletzt die im Sommer 1947 seitens der britischen Militärregierung getroffene Entscheidung bei, alle ungelenkt oder illegal einreisende Flüchtlinge zur Registrierung zunächst an das Hauptdurchgangslager in Siegen zu überweisen. Die Stadt Siegen fühlte sich durch das Vorhandensein des Lagers gegenüber anderen Städten und Regionen benachteiligt, zumal sie einen weit höheren Zerstörungsgrad und damit eine größere Aufbaubelastung als andere Städte zu tragen hatte. Anfang Dezember 1947 sprach der Oberstadtdirektor gegenüber dem Regierungspräsidenten erstmals die Bitte aus, das Lager aufzulösen oder in einen weniger zerstörten Kreis zu verlegen. Eine Delegation der Stadt sprach Mitte Dezember 1947 im mittlerweile für die Flüchtlingsbetreuung zuständigen Sozialministerium des Landes NRW vor, um eine Veränderung der als katastrophal dargestellten Zustände zu erreichen.

In den Stellungnahmen der Stadt Siegen wurden die Verhältnisse im Hauptdurchgangslager Wellersberg zunehmend dramatisiert. Ein Anstieg der Kriminalität und eine Verrohung der Sitten wurden insbesondere den Personen zur Last gelegt, die aus den Städten des Ruhrgebiets nach Siegen abgeschoben worden waren. Ein verwaltungsinternes Schreiben vom März 1949 listete die Probleme auf und kam zu einer recht drastischen Bewertung: „Die gelenkten Transporte bereiteten keine besonderen Schwierigkeiten. Seitdem aber die Illegalen kommen, hatten die Stadt Siegen und ihre Bevölkerung unendliche Schwierigkeiten. Zahlreiche unaufgeklärte Delikte kommen auf das Konto dieser Leute. Viele Bettler ziehen durch die Straßen Siegens. Täglich kommen dutzende Leute, die nach hier abgeschoben werden, um sich ins Lager aufnehmen zu lassen. [...] Rund 2.500 Flüchtlinge, darunter sehr viele Asoziale, sind über das zugewiesene Soll in Siegen untergetaucht. Zahlreiche Ehescheidungen sind durch diese Leute verursacht. Die erschreckende Zunahme der Geschlechtskrankheiten ist weitgehend hierauf zurückzuführen und ebenso die Jugendkriminalität. Jedes 4. Kind steht in Siegen unter der Aufsicht des Jugendamtes. Noch in Generationen wird Siegen darunter leiden, dass hier ein Durchgangslager eingerichtet wurde. Die Bevölkerung ist jetzt schon weitgehend zersetzt. Das Durchgangslager ist für die Stadt Siegen und ihre Bevölkerung ein Eitergeschwür.“

Bis ins Jahr 1950 hinein bildete die Existenz des Siegener Durchgangslagers ein Streitobjekt zwischen dem Düsseldorfer Sozialministerium und der Stadt Siegen. Während in vielen Bereichen des städtischen Lebens der Wiederaufbau begonnen hatte und eine allmähliche Normalisierung eingetreten war, erschien das Durchgangslager als Relikt eines Zeitabschnitts, mit dem nun endlich abgeschlossen werden sollte. „Die Zunahme der Verbrechen und Einbrüche“, so der Siegener Oberbürgermeister in einem Schreiben an den Bundesinnenminister, „erinnert wieder an die Überfälle durch Russen und Polen nach 1945.“ Da es vorwiegend aus der sowjetischen Besatzungszone eingereiste, umherziehende Jugendliche waren, die tatsächlich oder vermeintlich die öffentliche Sicherheit und Moral bedrohten, kulminierte der Streit in die politische Forderung nach Einführung eines Arbeits-

erziehungs- und Bewahrungsgesetzes und in die Empfehlung an örtliche Staatsanwälte und Richter, gegen „Landstreicher und Umherstreifende“ eine zweijährige Unterbringung in Arbeitshäusern anzuordnen.

Aus heutiger Sicht ist zumindest eine gewisse Skepsis angebracht, ob die Stadt Siegen damals tatsächlich eine Art rechtsfreier Raum gewesen ist, oder ob nicht auch die konservativen Moralvorstellungen der älteren Generation auf die Ansichten der Jüngeren trafen, die sich anders als zu den Zeiten der staatlichen Bevormundung im Dritten Reich nun offenbar den behördlichen Eingriffen in ihre Lebensweise vielfach zu entziehen versuchten. Unzweifelhaft wollten die Verantwortlichen der Stadt Siegen das Durchgangslager unbedingt loswerden und haben für diesen Zweck offenbar auch die Beschwerden über und die Probleme mit den meist jugendlichen „Herumtreibern“ instrumentalisiert.

Eine Lösung des Problems erfolgte letztlich erst mit der Schließung des Hauptdurchgangslagers in Siegen am 31. Oktober 1951. Die notdürftigen und beengten Verhältnisse der alten Kaserne am Wellersberg konnten keine dauerhafte Lösung sein. Am neuen Standort Unna-Massen waren durch die Errichtung von Wohnsiedlungen die Voraussetzungen für ein menschenwürdigeres Leben und für eine Verbesserung der sozialen Lebenssituation der Flüchtlinge geschaffen worden. In seiner Abschiedsrede am 4. November 1951 dankte der langjährige Lagerleiter der Bevölkerung des Siegerlandes, dem Kreis und der Stadt Siegen im Auftrag des Sozialministers für die erwiesene Gastfreundschaft. Im Laufe von sechs Jahren seien insgesamt 309.316 Personen durch das Lager geschleust worden.

Im Gedächtnis der Stadt Siegen haben die mit dem Lager verbundenen Belastungen und die langjährigen Bemühungen um dessen Auflösung dazu geführt, dass die Leistungen des Hauptdurchgangslagers auf dem Siegener Wellersberg weitgehend in Vergessenheit geraten sind. Erinnerungen an Zeiten des Haders und der Konflikte eignen sich nicht sonderlich gut, um Eingang in die kollektive Erinnerungskultur zu finden. Dies zeigt sich auch beim Thema der beginnenden Integration der Flüchtlinge und Vertriebenen.

5. Beginnende Integration der Flüchtlinge und Vertriebenen in Lüdenscheid und Siegen

In seinem Bericht über die Tätigkeit des Lüdenscheider Flüchtlingsamtes ging Heinrich Franke auch auf das Problem der Beschlagnahmungen von Wohnraum und Zwangseinquartierungen ein. Das Wohnungsamt habe 2.500 Räume beschlagnahmt und Vertriebenen- und Flüchtlingsfamilien, die zunächst im Hauptauffanglager in der Buckesfelder Straße untergekommen seien, in diese Privatwohnungen eingewiesen. Er betonte ausdrücklich, dass der größere Teil der einheimischen Bevölkerung Verständnis dafür gehabt hätte. Vereinzelt habe aber ein gewisser Druck ausgeübt werden müssen, wenn die Einweisungen nicht reibungslos vonstatten gegangen seien. Franke erwähnte einige typische Beispiele: Vertriebene hätten stundenlang vor der Haustür stehen müssen und erst mit Hilfe des Flüchtlingsamtes habe die Einweisung erfolgen können; Räume seien unbewohnbar gemacht oder kleinere als die vorgesehenen Räume bereitgestellt worden; Zimmer seien vollständig ausgeräumt oder die Benutzung von Toiletten verweigert worden. Als Reaktion sei man dann seitens der Stadt dazu übergegangen, die Notunterkünfte so einzurichten, dass die Familien dort auch für eine längere Zeit hätten leben können.

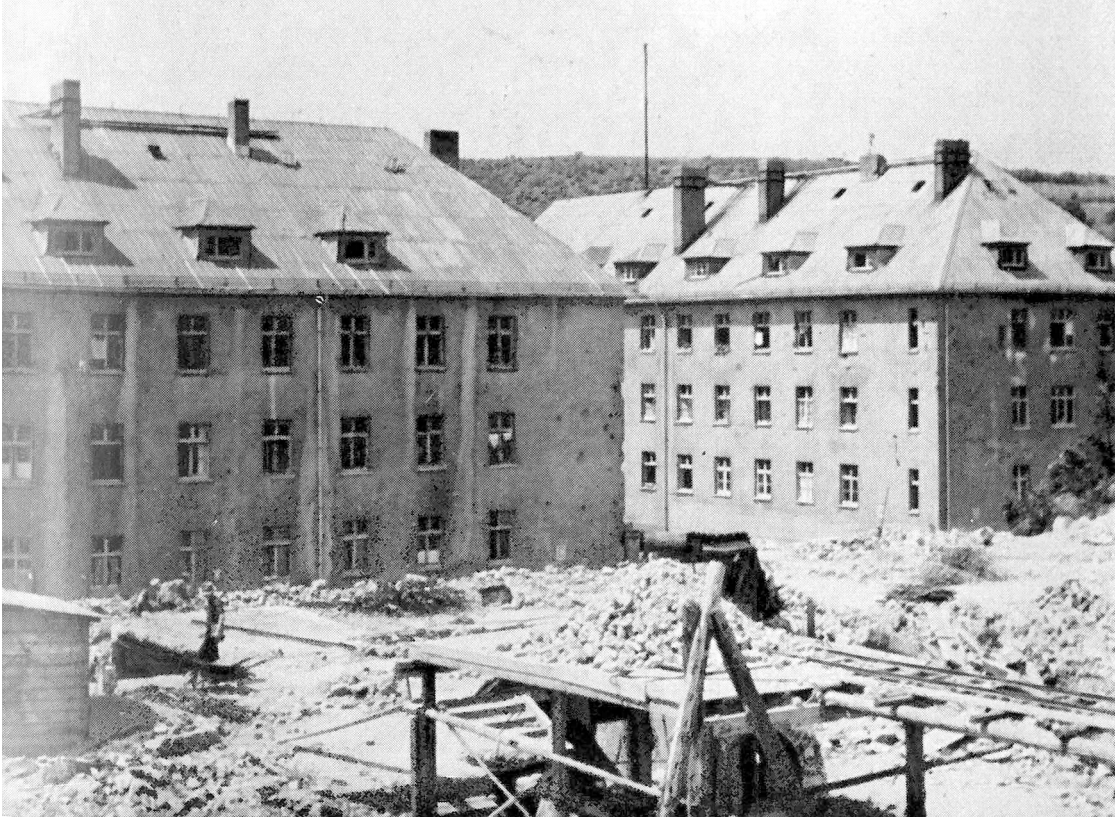
In der Stadt Siegen hat die Einquartierungspraxis verschiedentlich zu massiven Problemen geführt. Vermutlich waren die Probleme in Siegen aufgrund der schweren Kriegszerstörungen schwerwiegender. Von 10.500 Wohnungen waren nach Kriegsende in der Stadt Siegen über 5.000, also mehr als die Hälfte, total beschädigt und

weitere 2.700 schwer beschädigt. Zwar ist der Zerstörungsgrad der Städte bei der Berechnung der Aufnahmekapazitäten von Flüchtlingen berücksichtigt worden, doch die direkte Wahrnehmung des Ausmaßes der Kriegszerstörungen hat offenbar dennoch zu größeren Widerständen im Zusammenhang mit Beschlagnahmungen und Einquartierungen beigetragen. Auf der Sitzung des Flüchtlingsausschusses der Stadt Siegen vom 14. Oktober 1946 beispielsweise wurde berichtet, dass von 24 Wohnungen, die beschlagnahmt worden seien, nur neun belegt werden konnten, da viele Wohnungsinhaber mit Rücksicht auf die eigene Wohnraumverknappung Einspruch erhoben hätten. Daraufhin wurde ein schärferes Durchgreifen bei den Einquartierungen empfohlen. Die Lage hat sich über die Monate offenbar nur wenig entspannt. Am 10. Januar 1948 erklärte der Siegener Oberstadtdirektor in einer öffentlichen Bekanntmachung - Anlass waren offene Feindseligkeiten gegen Außenbeamte des Wohnungsamtes -, dass widersetzliches Verhalten von nun an unnachlässig bei der Staatsanwaltschaft zur Anzeige gebracht und mit hohen Strafen geahndet werde.

Ein direkter Vergleich der Flüchtlingsaufnahme und beginnenden Integration in den Städten Lüdenscheid und Siegen wäre sicherlich vor der Fragestellung interessant, ob der unterschiedliche Zerstörungsgrad der Städte Einfluss auf die Aufnahmebereitschaft der Bevölkerung und vielleicht auch längerfristig auf eine mehr oder weniger geglückte Integration gehabt hat. Aus den Schilderungen von Heinrich Franke geht hervor, dass der größere Teil der einheimischen Bevölkerung den Flüchtlingen mit Verständnis entgegengetreten ist. Nun handelt es sich hierbei um einen mehr als 15 Jahre später verfassten und die zeitgenössischen Verhältnisse in der Rückschau vielleicht beschönigenden Bericht. Über die Flüchtlingsaufnahme im Siegerland und in der Stadt Siegen ist bereits 1950 eine kleine soziologische Studie erstellt worden, in der ebenfalls betont wird, dass es nicht zu „großen auffallenden Schwierigkeiten bei der Eingliederung der Flüchtlinge“ gekommen sei. Der Verfasser der Studie, Paul Wagener, entwirft darüber hinaus allerdings ein sehr differenziertes Bild der frühen Flüchtlingsintegration.

„Aus allen Berichten über die Flüchtlingseinweisung in der ersten Zeit ist das gute Zusammenleben der Flüchtlinge mit den Einheimischen zu ersehen“, so Wagener. „Die ständig wachsende Zahl der aufzunehmenden Menschen, der knappe Wohnraum, die Not der Vorwährungszeit, die wechselnde Zusammensetzung der Flüchtlingstransporte, die größer werdenden Aufgaben, denen sich die Behörden gegenübersehen, die größer werdenden Ansprüche auf besseren Lebensstandard, die lange Dauer der Einquartierung, ungeordnete Zustände im Lager und viele andere Gründe haben dieses in der späteren Zeit geändert.“ Wagener macht also einen deutlichen Unterschied zwischen der „ersten Zeit“, also dem Jahr 1946, und den darauf folgenden Monaten und Jahren. Für seine 1950 veröffentlichte Studie hat er frühestens 1948 mit seinen Recherchen begonnen und dabei Vertreter von Behörden, Hilfsorganisationen und Betroffene befragt und, wie er schreibt, mehrere Bände von „Beschwerden“ von Flüchtlingen durchgesehen und ausgewertet. Die Berichte ergaben, so Wagener, „in fast allen Fällen die Zeichen einer ständig zunehmenden Verärgerung und Abschließung der Einheimischen und einer bitteren Enttäuschung in den Reihen der Flüchtlinge.“

Interessant sind die Schlussfolgerungen, die Wagener hinsichtlich der mentalen oder gefühlsmäßigen Auswirkungen bei den Flüchtlingen und Vertriebenen trifft - wohlgermerkt: im Jahre 1950. Demnach hat erst die in dieser Zeit erfahrene Ablehnung die Frage der Heimkehr in die alte Heimat aufgeworfen. „Der Wunsch nach der baldigen Rückkehr wurde zur Überzeugung; die Ungeduld ließ an nahe Termine glauben“, schrieb Wagener. Der Wunsch nach einer baldigen Rückkehr in die Heimat sei erst als Folge der in den Aufnahmeorten erfahrenen Ablehnung entstanden. Zu ähnlichen Ergebnissen



Kaserne Wellersberg vor der Flüchtlingsaufnahme

kommt auch die jüngst unter dem Titel „Kalte Heimat“ veröffentlichte Studie von Andreas Kossert, in der erstmals der Mythos von der „gelungenen Integration“ gründlich in Frage gestellt wird.

Literatur

Ackermann, Volker, Der „echte“ Flüchtling. Deutsche Vertriebene und Flüchtlinge aus der DDR 1945-1961, Osnaabrück 1995

Becker, Ursula, Helfen und Dienen. Zwölf Jahre Hauptdurchgangslager Siegen-Massen 1945-1957, Düsseldorf 1957 (Sonderheft „Der Wegweiser“ - Zeitschrift für das Vertriebenen- und Flüchtlingswesen)

Franke, Heinrich, 20 Jahre Flüchtlingsamt der Stadt Lüdenschied. Ein Bericht für die Zeit von 1945 bis 1965, Lüdenschied 1965

Kossert, Andreas, Die Geschichte der deutschen Vertriebenen nach 1945, München 2008

Müller, Simone, Die Durchgangslager für deutsche Ostflüchtlinge und Ostvertriebene in Westfalen (1945-1950), Münster 2001

Pfau, Dieter; Seidel, Heinrich Ulrich (Hg.), Nachkriegszeit in Siegen 1945-1949. Flüchtlinge und Vertriebene zwischen Integration und Ablehnung. Ein Quellenband zur Regionalgeschichte, Siegen 2004 (Sonderband Siegener Beiträge) - (enthält die Geschichte des Hauptdurchgangslagers Wellersberg, mit zahlreichen Abbildungen - das Buch ist über den Hg. erhältlich: dpfau@t-online.de)

Pfau, Dieter, Kriegsende 1945 in Siegen. Dokumentation der Ausstellung 2005, Bielefeld 2005

Simon, Dietmar, Arbeiterbewegung in der Provinz. Soziale Konflikte und sozialistische Politik in Lüdenschied im 19. und 20. Jahrhundert, Essen 1995, Abschnitt XI. 5. Wirtschaft und Gesellschaft in der Nachkriegszeit

Wagener, Paul, Flüchtlinge im Siegerland. Eine soziologische Studie, Weidenau (Sieg) 1950 (unveröffentlichte Studie)

Verwaltungsbericht der Stadt Lüdenschied 1941 - 1949

Ergänzend zu der von Dieter Pfau genannten Literatur sei auf den Verwaltungsbericht der Stadt Lüdenschied für die Zeit vom 1. April 1941 bis 31. März 1949 verwiesen. Der Bericht wurde im Auftrage des Oberstadtdirektors bearbeitet und zusammengestellt von Magistratsrat a. D. Wilhelm Zuncke und im Dezember 1958 veröffentlicht. Der Abschnitt „Flüchtlingsfürsorge“ aus dem Verwaltungsbericht wird hier wörtlich wiedergegeben:

„Bis Kriegsende konnte das Wohlfahrtsamt noch im Rahmen der allgemeinen Kriegsfürsorge für die hier zugewanderten Hilfsbedürftigen, hauptsächlich Ausgebombte und Umquartierte, sorgen. Als jedoch im April 1945 der Zustrom der Flüchtlinge und Vertriebenen einsetzte und ständig wuchs, nahmen die notwendigen Hilfsmaßnahmen einen solchen Umfang an, daß hierfür zunächst eine besondere Dienststelle im Wohlfahrtsamt und im August 1945 das Flüchtlingsamt mit einem eigenen Ausschuß eingerichtet werden mußten. Dieser mehrfach umbesetzte Ausschuß wurde im August 1946 durch den „Großen Flüchtlingsausschuß“ ersetzt, dem nach einer Anordnung des Oberpräsidenten auch eine Anzahl Flüchtlingsvertreter angehörten. Ein Unterausschuß aus Flüchtlingen hatte gemeinsam mit der Bezirksfürsorge des Wohlfahrtsamtes die Anträge und Beschwerden der Hilfsbedürftigen vor der Entscheidung durch den Flüchtlingsausschuß zu prüfen.“

Die Zahlen der beim Flüchtlingsamt gemeldeten und von ihm betreuten Personen änderten sich ständig und konnten bis 1947 nicht zuverlässig festgestellt werden, zumal da viele Flüchtlinge ohne Anmeldung sich hier aufhielten und ohne Abmeldung wieder weggingen. Bis zum Frühjahr 1946 war die Zuwanderung völlig unregelt, die Heimatlosen kamen und gingen, und sie wurden noch nicht nach ihrer Herkunft unterschieden. Von Oktober bis Dezember 1945 wurden durch die Militärregierung auch zahlreiche Familien aus den Ruhrkohlenstädten nach Lüdenschied zugewiesen, um Wohnungen für Bergarbeiter freizumachen. Von März 1946 an beschränkte sich die Zuwanderung im wesentlichen auf die von der Landesregierung zugeteilten Flüchtlingstransporte. Dabei wurde Lüdenschied als eine der wenigen größeren Städte, die den Krieg ziemlich unbeschädigt überstanden hatten, mit besonders hohen Quoten bedacht. Die Einwendungen der Verwaltung gegen diese übermäßige und untragbare Belastung der Stadt führten gegen

Ende 1946 dazu, daß 2361 Flüchtlinge von Lüdenschied in den Regierungsbezirk Minden umquartiert und 275 für Lüdenschied bestimmte Flüchtlinge in den Kreis Altena weitergeleitet wurden. Bis Ende 1946 waren mit Hilfe des Wohnungsamtes über 4000 Flüchtlinge in vorhandene Wohnungen eingewiesen und weit über 2000 in Notquartieren untergebracht worden (vergl. auch den Abschnitt „Die Wohnungsnot“).

Nach der Zählung des Flüchtlingsamtes waren hier bis Ende 1946 rund 6100 Flüchtlinge vorhanden. Die von der Landesregierung angeordnete Zählung am 1. 5. 1947 ergab für Lüdenschied 2753 Haushaltungen von Vertriebenen mit 6711 Personen und dazu 586 Flüchtlinge aus der sowjetisch besetzten Zone, zusammen also 7297 Personen. Nach Einführung der durch das Landesflüchtlingsgesetz vom 2. 6. 1948 vorgeschriebenen Ausweise A (für „Vertriebene“ aus Ostdeutschland jenseits der Oder-Neiße und aus dem Ausland) und Ausweis B (für „Flüchtlinge“ aus der sowjetisch besetzten Zone Mitteldeutschlands und Ost-Berlin) ergaben die Zählungen in Lüdenschied am

31. 3. 1948:

A = 6618, B = 620, zusammen 7238 Personen,

31. 3. 1949:

A = 7340, B = 657, zusammen 7997 Personen.

In allen diesen Zahlen sind die evakuierten oder sonst nach Lüdenschied umquartierten Personen ohne Flüchtlingseigenschaft nicht enthalten, ihre Zahl betrug am Ende des Krieges über 4000 und hat sich bis Ende 1948 auf etwa 2500 verringert.

Die meisten Flüchtlinge und Vertriebenen besaßen bei ihrer Ankunft in Lüdenschied außer der dürftigen Kleidung fast nichts. Die Mehrzahl von ihnen mußte mit allem Notwendigen ausgestattet werden. Viele waren krank und bedurften ärztlicher Behandlung; für die zahlreichen Hautkranken wurde vom Krankenhaus eine besondere Unterkunft mit ärztlicher Behandlung eingerichtet.

Durch zahlreiche Sammlungen sind hier große Mengen von Kleidung und Wäsche, Betten, Decken und Haushaltsgeräten aller Art sowie beträchtliche Geldspenden für Neuanschaffungen von der Bürgerschaft und der Industrie aufgebracht worden. Die Heimatvertriebenen erhielten auch häufig durch das Wirtschaftsamt besondere Bezugsrechte zu Lasten der einheimischen Verbraucher. Das Flüchtlingsamt hatte eine eigene Werkstatt zur Ausbesserung und Anfertigung von Schuhen eingerichtet, ein hiesiger Betrieb hat 6000 Paar Holzsandalen hergestellt.

Im ganzen ist in Lüdenschied durch die weitgehende Hilfe der Stadt und der Bürgerschaft und durch die gute Zusammenarbeit des Flüchtlingsamtes mit den beteiligten Organisationen und Dienststellen das Menschenmögliche zur Linderung der Flüchtlingsnot getan worden. Diese Leistung ist wiederholt nicht nur von den Hilfsbedürftigen selbst, sondern auch von der Regierung und der Besatzungsbehörde anerkannt worden. Von 1945 bis zur Währungsstellung im Juni 1948 haben nach den Feststellungen des Flüchtlingsamtes die Fürsorgeausgaben der Stadt und die Spenden der Bürgerschaft für die Heimatvertriebenen insgesamt den Wert von fast 2 Millionen RM erreicht. Darin sind die Verwaltungskosten und die Ausgaben der Stadt für die Wohnungen und Unterkünfte der Heimatvertriebenen nicht enthalten. Nach der Währungsstellung konnten die Lebensverhältnisse der Flüchtlinge und Vertriebenen durch höhere finanzielle Hilfen und auch durch Arbeitsbeschaffung und verstärkten Wohnungsbau in zunehmendem Maße verbessert werden.“

Ansprache zum Thema „Erinnern und Verstehen“ beim Tag der Heimat 2008 im Lüdenscheider Kulturhaus¹

Hartmut Waldminghaus

Die Geburtsstunde des Tages der Heimat war der 5. August 1950. Da wurde auf einer Großkundgebung in Stuttgart in Gegenwart von Mitgliedern der Bundesregierung, der Kirchen und der Parlamente die Charta der deutschen Heimatvertriebenen verkündet. Darin wird das Recht auf Heimat betont, aber zugleich auch die Notwendigkeit einer Verständigung zwischen den Staaten, Völkern und Volksgruppen in ganz Europa. Seitdem begehen wir, zumeist am ersten September-Wochenende, den Tag der Heimat, an dem die Heimatvertriebenen an ihr Schicksal und an ihre Heimat erinnern. Aber der Tag mahnt nicht nur dazu, Vertreibung zu ächten und als Mittel der Politik zu verurteilen, sondern er ruft uns allen den Wert von Heimat ins Gedächtnis. Die Veranstaltungen zum Tag der Heimat richteten sich von Anfang an nicht nur an die Vertriebenen und ihre Nachkommen sondern an alle Bürgerinnen und Bürger, gerade auch an die, denen Flucht und Vertreibung erspart geblieben sind. Es ist deshalb eine gute Übung, dass wir in Lüdenscheid diesen Tag gemeinsam begehen: der Bund der Vertriebenen, die ostdeutschen Landsmannschaften, der Sachsen- und Thüringer-Verein und der Geschichts- und Heimatverein.

Was uns zusammenführt, ist zum einen die Liebe zur Heimat, das Wissen um den Wert der Heimat und die Arbeit für die Heimat, ein Band, das uns umschließt, bei unterschiedlicher Ausrichtung unserer Arbeit im einzelnen. Zum anderen verbindet uns die Gemeinsamkeit der deutschen Vergangenheit, die Solidarität unserer gemeinsamen Geschichte. Not und Tod, die vom nationalsozialistischen Deutschland ausgingen, zwangen uns in der Folge mit dem Verlust der deutschen Ostgebiete ein außerordentliches und schmerzliches Opfer auf. Warum gerade die Ostdeutschen, die Sudetendeutschen, die Südostdeutschen, die ja nicht mehr oder weniger für den Krieg und die nationalsozialistischen Gewalttaten verantwortlich waren als ihre westdeutschen Landsleute, mit der bitteren Vertreibung und dem Verlust ihrer Heimat bezahlen mussten, diese Frage bleibt unbeantwortet. Gerade weil wir diese Frage nicht beantworten können, bestehen unsere gemeinsame Verantwortung und die Pflicht des solidarischen Zusammenstehens.

Der in der Bundesrepublik Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg durchgeführte Lastenausgleich zwischen den betroffenen und den nichtgeschädigten Bevölkerungsteilen hat in bezug auf den Ausgleich von Vermögensschäden und -verlusten Vorbildliches bewirkt. Er bleibt eine große politische und gesellschaftliche Leistung. Heute geht es mehr um immaterielle Werte. Vor allem um das menschliche Verständnis, dass viele Bewohner der ehemaligen deutschen Ostgebiete Wehmut und Trauer über den Verlust der Heimat empfinden und dass die Empörung darüber, dass durch Hitler alles verloren wurde, nicht mit Revanchismus zu verwechseln ist. Dem Revanchismus haben die Heimatvertriebenen schon in ihrer Charta von 1950 eine eindeutige Absage erteilt.



Foto 1: Festredner Hartmut Waldminghaus beim Tag der Heimat 2008

Wir, die wir unsere Heimat lieben, sollten gerade den Älteren helfen, die eine Lebensbilanz ziehen, eine schmerzende Wunde im eigenen Lebenslauf schließen möchten. Insofern wollen wir mit dem Tag der Heimat auch immer wieder dazu beitragen, die Trauer über die verlorene Heimat zu lindern und, wenn möglich, konstruktiv zu wenden. Ich nenne zwei Beispiele, wie Männer in unterschiedlichen Lebenssituationen ihr Heimweh bewältigt haben und ihre Sehnsucht in konstruktives Handeln und positive Lösungen einfließen ließen.

Das erste Beispiel ist zugleich ein sehr persönlicher Geburtstagsgruß an den Sachsen- und Thüringer-Verein Lüdenscheid, der in diesen Tagen sein 100jähriges Bestehen feiert. Mein Großvater mütterlicherseits, Johann Kley, kam als 15jähriger von Thüringen nach Lüdenscheid. Das war durchaus kein Einzelfall. In dem Ort, aus dem er kam, ist der Begriff der „Westfalengänger“ bis heute bekannt. Während die ältesten Söhne Haus und Hof übernahmen, mussten die jüngeren ihren Lebensunterhalt dort verdienen, wo es Arbeit gab. Das war vor über 100 Jahren insbesondere im rheinisch-westfälischen Industriegebiet und im märkischen Sauerland der Fall. Mein Großvater kam als Anstreicherlehrling nach Lüdenscheid und arbeitete dann als Geselle bei Maler- und Anstreichermeister Alexander Nohse, Schulstraße 12. Sein Leben lang hat ihn das Heimweh nicht verlassen. Die Landschaft des walddreichen Sauerlandes, die ihn stark an die Thüringer Rhön erinnerte, hat ihm geholfen, hier heimisch zu werden. Aber wenn das Rhönlied gesungen wurde, dann kamen ihm die Tränen. Aus der Altkartei des Einwohnermeldeamtes im Stadtarchiv geht hervor, dass er sich in den ersten Jahren des 20. Jahrhunderts immer wieder für mehrere Monate nach Thüringen abgemeldet hat, aber regelmäßig zurückkehrte. Das hing einerseits mit seiner Arbeit zusammen, die nur saisonweise Beschäftigung bot, andererseits aber auch mit der Sehnsucht nach seinem Elternhaus und seinem Zuhause. Erst als er in Lüdenscheid eine Familie gründete, sich als Maler und Anstreicher selbständig machte und Am Reckenstück 4 ein Haus baute, hörten die Abmeldungen nach Thüringen auf.

Im Januar 1908 ist er Gründungsmitglied des Sachsen- und Thüringer-Vereins Lüdenscheid und arbeitet als Schriftführer im Vorstand mit. Offenkundig hat er hier eine Möglichkeit gesehen, seiner thüringischen Heimat zu gedenken, ihrem Brauchtum in Lüdenscheid nachzukommen und mit Landsleuten aus der Heimat zusammen zu sein und Geselligkeit zu pflegen. Die vollständige Integration in Lüdenscheid war das noch nicht. Dazu braucht es offenkundig längerer Zeiträume. Erst als er im Juni 1938, drei Tage nach meiner Geburt, mit sicherem Schuss den Vogel von der Stange holte und Schützenkönig auf dem Loh wurde, war die Integration wohl vollendet. In meiner Familie wird die Meinung weitergegeben, dass die Freude über die Geburt des ersten Enkelsohnes ihn bei dem Königsschuss beflügelte habe.

Das Beispiel meines Großvaters bringt mich zu einer dreifachen Nutzenanwendung:

1. Was der Sachsen- und Thüringer-Verein in 100 Jahren geleistet hat, um Menschen zu helfen, ein Stückchen Heimat zu bewahren, nicht allein zu sein in einer zunächst fremden Umgebung und hineinzuwachsen in ein neues Lebensumfeld, das dürfte kaum zu überschätzen sein. Es ist eine großartige Leistung. Und dasselbe gilt, wenn auch noch nicht für 100 Jahre, für die ostdeutschen Landsmannschaften und ihre Arbeit.



Abb. 5: Rudolf Kaschke, Bergücken mit herbstlichen Birken, Öl auf Holz



Abb. 4: Rudolf Kaschke, Stukenausschlag mit Birken, Öl auf Holz

¹ Die Ansprache des Vorsitzenden des Geschichts- und Heimatvereins Lüdenscheid beim Tag der Heimat am Sonntag, 7. September 2008, wird auf Anregung von Teilnehmern der Veranstaltung hier veröffentlicht, wobei

der Wortlaut der Rede beibehalten wird. Die Ansprache ergänzt das Thema dieser Reidemeister-Ausgabe „Flüchtlings- und Vertriebenenaufnahme in Westfalen nach dem Zweiten Weltkrieg“.



Foto 2: Volkstanzgruppe „Die Nussknacker“ beim Tag der Heimat 2008

2. Nicht nur die Lüdenscheider Schützengesellschaft sondern die meisten Vereine in der Stadt, namentlich die Sport- und Gesangvereine, die Jugendverbände, der SGV und auch der Geschichts- und Heimatverein leisten einen hervorragenden Beitrag, Menschen unterschiedlicher Herkunft zusammenzuführen. Die demokratische und soziale Gesellschaft baut ganz wesentlich auf einem aktiven Vereinsleben auf. Sie waren, sind und werden es wohl bleiben: ideale Zentren für bürgerschaftliches Engagement. Ohne die Vereine ist ein Zusammenwachsen nicht zu bewältigen.

3. Integrieren heißt eingliedern, ergänzen. Integration ist eine langfristige Aufgabe. Wenn das schon für die deutschen Landsleute gilt, dann erst recht für die Italiener, Griechen oder Türken, die zunächst als Gastarbeiter zu uns kamen. Wir gebrauchten den Willen zur Integration und viel Geduld und Verständnis miteinander. Aber für eine tolerante und menschliche Gesellschaft gibt es keinen anderen Weg. Das Lüdenscheider Stadtfest ist ein gutes Beispiel, wie dieses Miteinander funktionieren kann. Ich lade Sie zu diesem Markt der Kulturen am nächsten Wochenende herzlich ein.

Eine letzte Anmerkung zu Thüringen, die bin ich meinem Großvater schuldig: Wenn dieses Bundesland mitten in der Mitte Deutschlands, wie auch andere Bundesländer, heute oft als „Ostdeutschland“ bezeichnet wird, dann halte ich das für gedankenlos und geschichtsvergessen.

Mein zweites Beispiel ist der gebürtige Schlesier Rudolf Kaschke, der als der Maler des märkischen Sauerlandes gilt und dessen Werke zurzeit in der Ausstellung „Stille Landschaften“ in den Museen am Sauerfeld gezeigt werden. Den Besuch der Ausstellung empfehle ich sehr. Geboren wurde Rudolf Kaschke in Raudten, einer Kleinstadt im Kreis Steinau, gut 50 km nordwestlich von Breslau. Nach Abschluss seiner Malerlehre zog er als Geselle nach Köln. 1903 übersiedelte Kaschke mit seiner jungen Familie nach Lüdenscheid. Von seinem Wohnsitz am Neuenweg in Oberrahmede aus konnte er seiner Freilichtmalerei direkt vor der Haustür nachgehen. Ich zitiere auszugsweise aus dem Begleitband zur Ausstellung aus dem Beitrag von Susanne Conzen:

„Jeder Mensch wird in eine Landschaft, eine Zeit, in ein geistiges Klima hineingeboren. Diese Atmosphäre prägt ihn, auch wenn er nur einen gewissen Zeitraum seines Lebens dort verbracht hat. - Während seiner gesamten Lebenszeit wird die Erinnerung an seine schlesische Heimat eine Rolle spielen. Wenn er die Orte seiner Kindheit aufsucht, Verwandte und Freunde besucht, fertigt er regelmäßig Skizzen an, die er später dann in seinen Gemälden ausarbeitet. Er hält sich wiederholt in Schlesien

auf. - Kaschkens Darstellungen der schlesischen Landschaft zeichnen sich durch eine besondere Atmosphäre aus. Der Betrachter erblickt zumeist eine ruhige, hügelige landschaftliche Struktur. Der flache Bewuchs mit den typischen Baumgruppen aus Birken oder Weiden an kleinen Bachläufen ist der markante Unterschied zu der waldreichen, mit dunklem Nadelwald bewachsenen Landschaft des Sauerlandes. Doch hier und da gerät der Betrachter in Schwierigkeiten bei der geographischen Einordnung eines Gemäldes. Lichter Birkenwald und flaches Strauchwerk lassen eher den schlesischen Blick vermuten und doch handelt es sich um eindeutig zu identifizierende Landschaftsausschnitte aus der Umgebung von Lüdenscheid. Es scheint in einigen Arbeiten Rudolf Kaschkes zu atmosphärischen Metamorphosen zu kommen. Motivische Erinnerungen, die in einem Raum zwischen Wirklichkeit und Fiktion erhalten bleiben, verknüpfen sich zu einer neuen künstlerischen Aussage, deren Charakter immer auch ein Stück Sehnsucht und Poesie aufweist.“

Ich finde es beeindruckend, dass der Künstler Kaschke, der ein Leben lang von der Erinnerung an seine schlesische Heimat geprägt war, es schafft, aus den Erinnerungen seiner Kindheit und dem Lebensumfeld des Erwachsenen ein neues Bild, ein gutes, ein harmonisches Bild zu schaffen. Vielleicht ist das ein Stück Lebenskunst, die Bilder der Heimat nicht zu vergessen, sich ihrer dankbar zu erinnern, und sie doch hineinzunehmen in eine neue Lebenswirklichkeit, so dass ein ganzes, ein gutes Bild entsteht. Was kann helfen, Erinnerungen aufzunehmen ohne in der Vergangenheit gefangen zu bleiben, Gedanken und Gedenken an die verlorene Heimat positiv zu wenden und zur eigenen Lebensbewältigung fruchtbar zu machen?

Ich nenne drei Dinge, die aus meiner Sicht helfen können:

1. Seit der Öffnung des Eisernen Vorhangs vor rund 20 Jahren besuchen immer mehr Deutsche die ehemaligen deutschen Ostgebiete. Nicht nur ältere Menschen wollen die verlorene Heimat ihrer Jugend einmal - und oft ein letztes Mal - wiedersehen. Viele reisen und arbeiten ihr Heimweh auf. Auch die Kinder und Enkel der Kriegsgeneration haben ihr Interesse an den eigenen Wurzeln entdeckt. Was für ein gewaltiger Fortschritt, welche großartige politische Leistung, dass wir im vereinten Eu-

ropa offene Grenzen haben und Menschen das Land ihrer Vorfahren besuchen können, dass Begegnung möglich ist! Dabei weiß ich von einigen, die bewusst die Verständigung und die Zusammenarbeit mit den jetzt in den früheren Heimatgebieten lebenden Menschen suchen. Auch wenn dabei das Unrecht, das sich Deutsche, Polen und Tschechen gegenseitig im Krieg und in der Nachkriegszeit zufügten, nicht verschwiegen werden soll, es gibt ermutigende und hoffnungsfroh stimmende Beispiele von menschlichem Verstehen.

2. Die Bundesregierung hat am 19. März 2008 beschlossen, in Berlin ein „Sichtbares Zeichen“ gegen Flucht und Vertreibung zu errichten. Damit ist der Weg frei für eine würdevolle zentrale Ausstellungs-, Informations- und Dokumentationseinrichtung in der deutschen Hauptstadt. Auch dieses Vorhaben ist für mich ein Akt der Solidarität mit allen, die durch Flucht und Vertreibung ein schweres Schicksal zu tragen hatten. Es wird das Verständnis dafür fördern, dass die Bewahrung des leidvollen Schicksals der Heimatvertriebenen und ihres kulturellen Erbes nicht nur die Betroffenen, sondern alle Deutschen angeht. Die wichtigste Aufgabe dieser Einrichtung sehe ich darin, ein vollständiges und ein wahrhaftiges deutsches und europäisches Geschichtsbild zu vermitteln, die leidvollen Erfahrungen der Vergangenheit aufzunehmen und für eine friedvolle Zukunft zu wirken, für die Überwindung des Nationalismus und die friedliche Entwicklung von Pluralität in Europa. Möge es ein „Sichtbares Zeichen“ dafür werden, dass die Vertriebenen wirklich angekommen und angenommen sind.

3. Lüdenscheid hat als im Zweiten Weltkrieg unzerstörte Stadt einen besonders hohen Anteil von Flüchtlingen und Vertriebenen aufgenommen. Diese Konzentration, diese starke neue Bevölkerungsgruppe hat eine gute und starke Arbeit der Landsmannschaften und Vertriebenen-Organisationen ermöglicht, die bis heute -auch im Vergleich mit anderen Städten - beispielhaft ist. Dieser hohe Bevölkerungsanteil hat aber auch das Verständnis der Stadt für die Belange und Nöte der neuen Mitbürger geweckt und gestärkt. Bereits in der Patenschaftsurkunde der Stadt Lüdenscheid für die Bürger der Stadt und des Kreises Glatz vom 5. Oktober 1952 spricht der Rat der Stadt von der Erfahrung, „daß die stärksten Kräfte zur Gesundung des Einzelnen und der Gemeinschaft im Nährboden der Heimat, in der Liebe und Treue zu ihr und in ihren geschichtlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Bindungen liegen.“

Diesem Verständnis der Stadt verdankt sich auch das Haus der Vereine, in dem die Heimatstuben Kulturgut aus den Heimat- und Herkunftsgebieten der Vertriebenen zeigen. Liebevoll sind Erinnerungsgegenstände, volkskundliches Museumsgut und wertvolle Archivalien zusammengetragen. Darüber hinaus ist das Haus der



Foto 3: Jubilare beim Tag der Heimat, von links: Brigitta und Wilhelm Gottmann, Ludwig Jaburek, Gertrud Gruzlewski, Margot und Armin Keilig

Vereine wichtige Begegnungsstätte für die Landsmannschaften, den Sachsen- und Thüringer-Verein und darüber hinaus für die Öffentlichkeit. Diese Einrichtung muss so lange wie möglich erhalten bleiben. Ich gehe davon aus, dass sie von Seiten der Stadt, trotz aller Sparzwänge, nicht in Frage gestellt wird. Sollten die Landsmannschaften ihre umfangreiche ehrenamtlich geleistete Arbeit in den Heimatstuben und für die Sammlungen eines Tages nicht mehr fortsetzen können, dann - und nur dann - müssten die Museen der Stadt die fachgerechte Aufbewahrung und Präsentation des Sammlungsgutes sicherstellen. Die Abgabe der Objekte an eine überregionale Institution wäre nur die drittbeste Lösung. Die geplante übernächste Ausstellung des Geschichtsmuseums

„Zuwanderung in Lüdenscheid“ könnte ein erster Anknüpfungspunkt sein. Und in der bis zum Jahr 2018 zu erneuernden Dauerausstellung sollte auf jeden Fall die Geschichte der Flüchtlinge und Vertriebenen aufgenommen werden. Sie ist längst ein Teil der Lüdenscheider Stadtgeschichte.

Die Geschäftsführerin unseres Westfälischen Heimatbundes, Frau Dr. Edeltraud Kluebing, definiert: „Heimat ist Natur plus Kultur plus See.“ Wir wollen Heimat bewahrt wissen. Heimatpflege wird umso wichtiger, je weiter die Welt wird. Heimat ist nicht Vergangenheit, abgeschottete Enge oder sentimentale Idylle. Heimat ist Aufgabe der Gegenwart, weltoffener Lebensraum und ver-

trautes Zuhause. Wir, die wir unsere Heimat lieben, erinnern uns, aber wir sind nicht von gestern. Heimat ist der Zukunft zugewandtes Kraftfeld der Kultur. Heimat liegt nicht nur hinter uns; sie liegt vor uns. Deshalb denken wir an Morgen.

Abbildungsnachweis:

Fotos 1 - 3 Jakob Salzmann, Lüdenscheid

Abbildungen 4 - 5, Begleitband zur Ausstellung „Stille Landschaften . Rudolf Kaschke und die Landschaftsmalerei im Sauerland 1870 - 1970“, Lüdenscheid 2008, Seite 29

Der Geschichts- und Heimatverein Lüdenscheid lädt ein zum Geschichtlichen Forum:

Die Vorträge mit anschließender Diskussion finden donnerstags, 14tägig, von 17.30 Uhr bis 19.00 Uhr
im Stadtarchiv, Kerksigstraße 4, statt.

Jeder Vortrag ist in sich abgeschlossen. Der Eintritt ist frei.

27. November

„Literatur über Lüdenscheid . Fachbuch und Roman (Teil 6)“

Referent: Rainer Assmann, Holzdorf / Lüdenscheid

11. Dezember

„Hotels, Gaststätten und Cafés auf alten Ansichtskarten - ein Bummel durch Lüdenscheid (Teil 3)“

Referent: Wolfgang Schumacher, Lüdenscheid

29. Januar

„Kultureinrichtungen und kulturelle Entwicklung Lüdenscheids in den siebziger und achtziger Jahren des letzten Jahrhunderts“

Referent: Stadtdirektor a. D. Klaus Crummenerl, Lüdenscheid

Im Anschluss an das Geschichtliche Forum lädt der Geschichts- und Heimatverein am **29. Januar** um 19.00 Uhr
zu seinem traditionellen *Neujahrsempfang* im Stadtarchiv ein.

Mitglieder und Gäste sind herzlich willkommen.

12. Februar

„Die Karte der Grafschaft Mark von 1791. Pastor Friedrich Christoph Müller, Schwelm“

Referent: Ernst Martin Greiling, Lüdenscheid

Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung
Herausgeber: Geschichts- und Heimatverein Lüdenscheid e.V.

Alte Rathausstraße 3, 58511 Lüdenscheid, Telefon 023 51/17-1645

www.ghv-luedenscheid.de

Vorsitzender und Schriftleiter: Hartmut Waldminghaus

Druck: Märkischer Zeitungsverlag GmbH & Co. KG